

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brenzig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 139

Mittwoch, den 18. Juni 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ demontiert das Gerücht, daß der demokratische Reichswirtschaftsminister Dietrich dem Regierungsvorschlag über die „Reichshilfe“ zugestimmt habe. Dietrich habe weder schriftlich noch mündlich seine Zustimmung gegeben.
Wie der „Berliner Börsen-Courier“ hört, hat Reichsjustizminister Dr. Bräutigam ein Schreiben an alle Land-Justizverwaltungen geschickt und sie aufgefordert, den Staatsanwaltschaften ein unnachlässiges Vorgehen gegen das politische Raubdelikt zur Pflicht zu machen.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach seiner Schweizer Fahrt gestern um 17 Uhr 55 bei ziemlich starkem Bodenvind (Windstärk. 6) glatt gelandet.
Georg Bratikanu hat in der rumänischen Kammer im Namen der Mitglieder der Liberalen Partei, die sich um ihn gesammelt haben, eine Freuerklärung für den König abgegeben.
Nach einer Meldung aus Kairo ist das ägyptische Ministerium am Dienstag zurückgetreten.
Wie aus Washington gemeldet wird, hat das amerikanische Marineministerium 322 Bombenflugzeuge für einen Betrag von 200 000 Pfund bestellt.

Den Rotziff, Herr Finanzminister!

Der Reichsfinanzminister hat's sehr eilig. Er hat dem Reichsrat seine Steuergesetze zugehen lassen und gleichzeitig gebeten, daß bereits am 18. Juni diese Entwürfe vor dem Reichstag zur Beratung kommen. Es ist zwar lobenswert, wenn Dr. Molkenhauer dafür eintritt, daß noch vor der Sommerpause das schicksalsschwere Finanzkapitel verabschiedet wird, aber es ist doch andererseits höchst bedenklich, wenn man bereit einschneidende Maßnahmen, die eine nie dagewesene Attacke auf die Börse des Steuerzahlers und friedlichen Bürgers bedeuten, im Hekttempo durchpeitschen will. Hier ist ein entscheidendes Wort geboten! So schnell geht's nicht, Herr Finanzminister! Schließlich haben die, die das Loch im Säckel des Staates stopfen sollen, doch noch das Recht, ihre Vorschläge gebührend berücksichtigt zu sehen. Und diese Vorschläge sehen verflügt anders aus als die Finanzministerlichen.

Gestatten Sie, Herr Finanzminister, daß wir Bürger noch einmal nachdrücklich Ihren Forderungen die unferigen gegenüberstellen. Wir sollen uns einschränken, sollen einen erheblichen Prozentsatz unseres Einkommens konfiszieren lassen und uns mit dem Gedanken beruhigen, wir hätten dem Staat in der Not ein Opfer gebracht — denn das ist doch der Sinn des sogenannten „Notopfers“. Weite Kreise der Bevölkerung sollen also wieder einmal den Riemen enger ziehen und sich einschränken. Und was tun Sie, Herr Reichsfinanzminister? Haben Sie denn nicht daran gedacht, daß Sie Ihrem „Volke“ auch einige Opfer schuldig sind. Haben Sie sich nicht einmal die Frage vorgelegt, ob es nicht an der Zeit und Ihres Amtes wäre, den Steuerzahlern Beweise dafür zu geben, daß das Reich mit allen seinen Einrichtungen, Ministerien, Behörden und was das alles zugehört, mit gutem Beispiel vorangehen sollte? Den Bürgern wird Sparsamkeit gepredigt, ihnen wird von Ihnen, Herr Finanzminister, zugemutet, daß sie sich einschränken sollen, da es eine Notzeit sei. Dem Bürger gegenüber wird immer so gern mit den Worten Not, Opferpflicht, Interesse am Staatsganzem, und wie diese goldenen Worte alle lauteten, gespielt. Wie wäre es, wenn wir einmal den Spieß umdrehen? Wir würden gern sehen, daß uns die Stellen mit gutem Beispiel vorangehen, die von uns unser sauer verdientes Geld verlangen. Also bitte, Herr Finanzminister, wo sind Ihre Sparmaßnahmen? Das Reich ver-schlingt unsere Milliarden, es fordert immer neue an, aber „oben“ wird noch keine Sparmaßnahme vorgenommen. Schließlich wollen wir unser Geld nicht weg in ein Faß ohne Boden werfen, dazu müssen wir es uns zu schwer verdienen. Es sieht ganz so aus, als fänden sich nirgends auf weiter Flur Freunde für die Notopfer-Vorschläge des Finanzministers. Zu den vielen Protesten und Ablehnungen ist jetzt auch noch die der eigenen Partei des Finanzministers gekommen. Da hat Herr Molkenhauer noch einmal klar und deutlich vernommen, daß man von ihm entschiedene Ausgabenentzungen erwartet, die viel leichter zu bewerkstelligen und zu verantworten sind als die neue Schur der Steuerhäscher. Vielleicht überlegt sich der Finanzminister das doch noch einmal. Er versucht sein Notopfer damit zu begründen, daß er durch neue Steuern die Kapitalerträge nicht noch weiter schmälern wolle. Meint Herr Molkenhauer, daß er dieser Gefahr durch das Notopfer entgeht? Wir glauben vielmehr, daß er sich gar nicht so

Preussische Aenderungsvorschläge zum Notopfer

Die Wirtschaftspartei über die politischen und wirtschaftlichen Fragen — Reichsrat und Notopfer

Berlin. In maßgebenden politischen Kreisen werden im Anschluß an die ablehnenden Erklärungen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten jetzt Aenderungsvorschläge zum Deckungsprogramm erwogen, über die folgendes ver-lautet:

Auf Anregungen, die aus den Kreisen des preussischen Staatsministeriums an die Reichsregierung herangetragen worden sind, soll das neue Deckungsprogramm jetzt dahin umgestaltet werden, daß für die Angestellten

die bisherige Freigrenze bei der Arbeitslosenversicherung von 8400 Mark Jahreseinkommen aufgehoben

wird. Das würde also bedeuten, daß künftig auch die Angestellten über 8400 Mark Einkommen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben, daß sie dafür aber auch im Falle eintretender Erwerbslosigkeit deren Schutz genießen. In diesem Falle müßten also von den Arbeitgebern der Angestellten künftig 2 1/2 v. H. des Bruttoeinkommens, von den Angestellten selbst gleichfalls 2 1/2 v. H. entrichtet werden. Mehrlich sollen

die Leistungen der Beamten

bemessen werden, nur daß hier lediglich sie selbst 2 1/2 v. H. ihres Einkommens zugunsten der Arbeitslosenversicherung aufzubringen hätten, während Reich, Länder und Gemeinden von dieser Auflage befreit blieben. Alle diese Mittel sollen unmittelbar der Erwerbslosenversicherung zugeführt werden, die man über den außergewöhnlichen Notstand dieses Jahres damit hinwegbringen zu können hofft. Würde damit deren Status endgültig saniert worden sein, so könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung der Beamten sowohl als auch die Einbeziehung der höheren Angestellten wieder beseitigt werden. In den nächsten Tagen werden über diese Pläne mit den Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien eingehende Verhandlungen gepflogen werden.

Die ledigensteuer soll auf mindestens 2 Prozent, wenn nicht auf 3 Prozent erhöht werden. Der übrige Teil der Einnahmen zur Deckung des Defizits soll durch Streichungen im Etat erreicht werden.

Das sächsische Ministerium gegen das Notopfer

Das Gesamtministerium hat beschlossen, im Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten nicht zuzustimmen. Außer verfassungsrechtlichen Bedenken war hierbei bestimmend, daß die Reichshilfe der Festbesoldeten einen Teil eines auf Senkung der Preise der Produktionskosten und der Löhne gerichteten Programms sein soll, daß aber, bevor dessen Durchführung nicht genügend gewährleistet ist, eine einseitige und schematische Belastung eines Volksteiles nicht am Platze erscheint.

Dr. Oberfohren zum Deckungsprogramm der Reichsregierung.

Dresden. In einer Wahlkundgebung der deutschnationalen Volkspartei führte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, u. a. aus, ein solcher Entlastungssturm, wie wir ihn jetzt gegenüber den neuen Forderungen der Regierung Brüning-Molkenhauer erleben, sei seit der Revolution noch nicht dagewesen. Den Kern jeder Steuergesetzgebung müsse Gerechtigkeit bilden. Im Molkenhauer'schen Programm aber handle es sich um den brutalen Versuch, ohne jede Rücksichtnahme auf die soziale und familiäre Lage vom Bruttoeinkommen vier Prozent zu nehmen. Dr. Oberfohren betonte, daß die Frist, die die Deutschnationalen der Regierung bis zum Herbst hätten gewähren wollen, viel zu lange bemessen gewesen sei. Ein Eintritt in die Reichsregierung käme für die Deutschnationalen nur in Betracht, wenn zugleich eine Aenderung in der preussischen Regierung im deutschnationalen Sinne erzielt werden könne.

Die Wirtschaftspartei über die politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Der Abg. Dre-witz hat an den Reichszankler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er sich ausführlich über die Stellung der Wirtschaftspartei zu den zu lösenden poli-

tischen und wirtschaftlichen Fragen ausspricht. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß dem Reichstag das Gesamtprogramm über die Döhlhilfe, über die Arbeitsbeschaffung, die Neuordnung der Arbeitslosenfürsorge und das Kranken-kassenwesen ebensowenig vorliegt wie die Deckungsvorschläge für das neue Defizit. Trotzdem wolle die Wirtschaftspartei schon vorher zu diesen Fragen kurz Stellung nehmen.

Sie könne einer Erhöhung der Ausgaben nur zustimmen, wenn andererseits eine Herabsetzung der Ausgaben gegenüber dem von der Regierung Hermann Müller vorgelegten Reichshaushaltsplan durchgeführt werde. Wenn Zuschüsse an die Erwerbslosenversicherung bereitgestellt werden müßten, so könne das neben einer Einschränkung der Leistungen durch grundlegende Reformen der Arbeitslosenversicherung durch Abstriche an anderen Stellen des Etats geschehen. Möglich sei eine Reduzierung der Planstellen, eine Neuordnung der Bezüge der Beamten des Reiches, der Länder und Gemeinden, eine Beschneidung der Sachausgaben in allen Ministerien. Durch prozentuale Abstriche im Gesamt-etat müßte eine wirkliche Ausgabenentzungen erreicht werden.

Die Wirtschaftspartei werde deshalb erneut einen Antrag auf prozentuale Senkung um 5 Prozent der Gesamt-ausgaben einbringen.

Das Kabinett solle die Quoten für die einzelnen Ministerien bestimmen. Von der Stellungnahme der Regierung und der Regierungsparteien zu diesem Antrag werde die Wirtschaftspartei ihre weitere Haltung abhängig machen. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Reduzierung der Beiträge zur Krankenkasse die gesamten Soziallasten nicht erhöht würden. Eine Belastung der Angestelltenschaft nach dem Molkenhauer'schen Vorschlag wäre außerordentlich bedenklich. Dagegen sei eine Aenderung der Besoldungsordnung möglich, wobei Familien- und Kinderzulagen aus sozialen Gründen unangetastet bleiben müßten.

Reichsrat und Notopfer

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Information einer Korrespondenz aus Reichsratskreisen, nach der die meisten Länder zu den Deckungsvorlagen des Reichsfinanzministers eine abwartende Haltung einnehmen werden. Einige Länder würden es, soweit man bis jetzt höre, ihren Vertretern überlassen, nach eigenem Ermessen zu stimmen. Das bedeute, daß diese Länder die Entscheidung absichtlich dem Reichstag überlassen wollten. Im allgemeinen würden sich die Länder dagegen wenden, daß das Notopfer der Beamten für andere Zwecke als für die Deckung des Fehlbetrages bei der Arbeitslosenversicherung verwendet werde. Damit sei eine zeitweilige Befristung des Notopfers auf die Dauer des Verwendungszweckes gewährleistet. Wahrscheinlich werde diese Befristung in der Weise erfolgen, daß das Notopfer solange erhoben werden solle, bis die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder auf drei Prozent gesenkt werden könnten.

Die Gesetze der B33.

Der Verwaltungsrat der B33. hat eine Unterkommission eingesetzt, bestehend aus Reichsbankpräsident Dr. Luther, dem Gouverneur der Bank von England, dem Gouverneur der Bank von Frankreich, sowie Professor Beneduce von der Bank von Italien mit dem Auftrag, Richtlinien aufzustellen für die Geschäfte, welche nunmehr von der Bank getätigt werden sollen, insbesondere für die Post und für die langfristigen Anlagen der der Bank zur Verfügung stehenden Summen.

Scheitern der Lohn- und Preisentzungenaktion?

Die Verhandlungen, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern über die gemeinsame Aktion für die Lohnentzungen und Preisentzungen geführt werden, sind auf so große Schwierigkeiten gestoßen, daß man mit dem Scheitern dieser Verhandlungen rechnet.



Das Lebensrecht der kleinen und mittleren Städte

Die Tagung des Reichsstädtebundes

Jeher den Kopf zu zerbrechen brauchte, sondern daß er besser den Roststift nähme und furchtlos auf der Ausgabenseite seines riesigen Etats Abstriche macht. Was werden sich da noch Millionen und aber Millionen sparen lassen!

Warum muß sich das Herr Molkenhauer nun erst auch noch von dem Herr Reparationsagenten Parker Gilbert sagen lassen. Herr Gilbert hat gewiß nicht allzuviel Verständnis für unsere Finanzgebarung aufgebracht, aber wenn er recht hat, hat er recht. Und diesmal bestimmt! Ausgehend von dem auch von allen deutschen Beurteilern immer wieder in den Vordergrund gestellten Leitgedanken, daß eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben das grundlegende Haushaltsproblem für die deutsche Regierung geworden ist, erklärt Parker Gilbert, daß immer wieder Ausgaben ohne vorherige Gewißheit der Deckung vorgenommen wurden, daß die Reichsregierung die Erkenntnis der notwendigen Sparbarkeit vermissen lasse, daß die immer wieder versprochenen Reformen, Finanzausgleich, Verwaltungsreform und Sanierung der Arbeitslosenunterstützung zu lange hinausgeschoben und auch jetzt nicht entschlossen genug in Angriff genommen worden seien und daß man sich mit Vorliebe hinter die Theorie der Zwangsläufigkeit der Ausgaben verschanze.

Das ist, auf wenige Sätze zusammengepreßt, der Sinn der in dem Schlußbericht des Reparationsagenten niedergelegten Kritik. Ihre Leitgedanken bedürfen sich, ohne dem endlich scheidenden Reparationsagenten noch ein Lob nachrufen zu wollen, mit der Ablehnung, die aus so ziemlich allen politischen und wirtschaftlichen Lagern Deutschlands selbst an dem Programm des Reichsfinanzministers geübt worden ist und weiter geübt wird, unbekümmert darum, daß das Kabinett sich mit diesem Programm solidarisch erklärt hat. Noch ist's Zeit, Herr Finanzminister. Nur mutig zum Roststift gegriffen.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

— Lautes Musizieren in Volksbädern
Das Ministerium des Innern und das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erlassen im Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung folgende Anordnung: Die Möglichkeit der Erholung durch den Besuch von Luft-, Licht- und Sonnenbädern wird immer mehr ein Bedürfnis für die arbeitende Bevölkerung insbesondere in den Großstädten. Es liegt darum im Interesse der allgemeinen Volksgeundheit, daß diese Einrichtungen in einer Weise betrieben werden, daß sie wirklich der Erholung dienen können. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß ein großer Teil der Besucher solcher Luft-, Licht- und Sonnenbäder nicht die wünschenswerte Erholung findet, wenn diese Bäder zu Kummelplätzen ausarten, in denen die Veranstaltung von lärmenden musikalischen Darbietungen, insbesondere die Verwendung von Lautsprecheranlagen, die Besucher nicht zur Ruhe kommen lassen. Die zuständigen Polizeibehörden werden ersucht, bei Beginn der Badezeit allen solchen Auswüchsen mit den ihnen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln entgegenzutreten. Ebenso empfiehlt es sich, im Wege der Verständigung auf die Betriebsinhaber dahin einzuwirken, daß in den der Erholung dienenden Licht-, Luft- und Sonnenbädern lärmende musikalische Aufführungen, insbesondere durch Lautsprecher unterbleiben. Soweit die Gemeinden selbst Besitzer solcher Bäder sind und diese an Unternehmer verpachtet haben, werden sie leicht in der Lage sein, das Verbot der Veranstaltung von lärmenden Musikaufführungen, insbesondere durch Lautsprecher, in den Pachtvertrag aufzunehmen.

— Parkplatz kein Zwang. Eine bemerkenswerte verkehrsrechtliche Entscheidung fällt dieser Tage das Amtsgericht Dresden. Der Vorsitzende des Deutschen Autoklubs, Alfred Raß, hatte ein polizeiliches Strafmandat erhalten, weil er sein Auto auf dem Weißen Hirsch nicht auf dem Parkplatz, sondern in der Nähe davon aufgestellt hatte. Raß legte hiergegen Berufung beim Amtsgericht Dresden ein. Das Gericht schloß sich nach längerer Beweisaufnahme des Angeklagten voll an und hob die Polizeistrafe auf. Zu der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß nach der Kraftfahrverordnung tatsächlich kein Kraftfahrer verpflichtet sei, einen Parkplatz zum Aufstellen seines Wagens aufzusuchen, sondern es müsse ihm überlassen bleiben, wo er dies tun wolle. Eine davon abweichende Verfügung in der Dresdner Verkehrsordnung sei daher rechtswidrig.

— Inkrafttreten des Gaststättengesetzes.
In dem am 1. Juli d. J. in Kraft tretenden Gaststätten-gesetz sind u. a. auch eine Anzahl Vorschriften enthalten, die für das Gastwirtschaftsgewerbe von Interesse sind. Namentlich sind Schutzvorschriften für Minderjährige gegeben. Es ist insbesondere unzulässig, an Personen unter 18 Jahren Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genussmittel in einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel zu verabreichen. Insbesondere dürfen an Personen unter 18 Jahren geistige Getränke jeder Art oder Tabakwaren in Gast- und Schankwirtschaften nicht verabreicht werden, wenn der Erziehungsberechtigte nicht mit anwesend ist. Ebenso dürfen in Gast- und Schankwirtschaften oder in kleinen Handelsgeschäften geistige Getränke nicht an Betrunkene verabreicht werden. Das Verbot des Ausschanks von Branntwein und überwiegend branntweinhaltigen Genussmitteln ist außerdem auch auf verschiedene andere Betriebsarten ausgedehnt. So dürfen derartige Getränke nicht durch Automaten abgegeben werden und ebenso nicht auf Turn-, Spiel- und Sportanlagen. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß Gastwirte, die die Erlaubnis zum Ausschank von geistigen Getränken haben, an ihre Gäste auf Verlangen auch nicht geistige Getränke abgeben müssen und ebenso darf in solchen Wirtschaften kein Preisauflage für solche Gäste eintreten, die nur Speisen, aber keine Getränke verzehren.

— Die Hauptgewinne der 24. Sächs. Landeswohlfahrts-Geldlotterie. Die Hauptgewinne bei der am Sonnabend und Montag gezogenen 24. Sächs. Landeswohlfahrts-Geldlotterie fielen auf folgende Nummern:

Leipzig. Die Tagung des Reichsstädtebundes in Leipzig wurde durch einen vom Rat der Stadt Leipzig den Teilnehmern gewährten Empfang eingeleitet. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler begrüßte die Teilnehmer und bekannte sich als überzeugter Freund und darum hilfsbereiter Förderer der Selbstverwaltung der mittleren und kleineren Städte Deutschlands. — Oberbürgermeister Dr. Belian-Eilenburg dankte als Vorsitzender des Reichsstädtebundes für den Empfang. Er führte dann u. a. aus: Die kleinen und mittleren Städte hoffen zuversichtlich, daß auch die jetzigen Regierungen und Parlamente ihnen durch Berücksichtigung der Wünsche, die sie zur Verwaltungsreform vorzutragen haben, einen Beweis des Vertrauens geben und vor allem jede Änderung der bisherigen städtischen Rechtsstellung ablehnen werden. Es ist uns ein Herzensbedürfnis, unseren Schwesterstädten aus dem bisher besetzten Gebiet die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrer Befreiung zu übermitteln.

Der preussische Minister des Innern, Prof. Dr. Baentig, führte namens der preussischen Regierung etwa aus: „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist außerordentlich ernst, und mit der bedrohlichen Lage unserer Wirtschaft steht im engen Zusammenhang auch die Notlage unserer Selbstverwaltung. Mancherlei Vorwürfe werden gegen die Selbstverwaltung erhoben. Ich habe jedoch den Eindruck, daß dabei allzuleicht vergessen wird, wie auch die großen Schwierigkeiten der kommunalen Verwaltungsgebilde letzten Endes auf die Reich, Staat und Gemeinden gleichmäßig bedrückende Last zurückzuführen sind, die als Folge des Kriegsausganges zu betrachten ist. Jedenfalls haben wir alle gemeinsam darüber zu wachen, daß in dieser Zeit der Krisis nicht Dinge geschehen, die ein kommunales Eigenleben gefährden könnten. Die Gestaltung des künftigen Finanzausgleichs ist für die Ihnen angeschlossenen Städte von außerordentlicher Bedeutung. Seien Sie versichert, daß ich für mein Teil alles tun werde, um zu erreichen, daß Ihre berechtigten Forderungen beim kommenden Finanzausgleich er-

128 178 Prämie Mk. 7000, 123 861 1. Hauptgewinn Mk. 5000, 137 306 2. Hauptgewinn Mk. 2000, 121 573 3. Hauptgewinn Mk. 1000, 50 429 und 134 757 1 Gewinn Mk. 500.

— Für die Besucher von Moritzburg. Während des Aufenthaltes von Mitgliedern des vorm. Sächsischen Königshauses wird der Schlossgarten vom 1. Juli an für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Führungen finden von diesem Tage an zu folgenden Zeiten statt: a) Wochentags von 10—12 Uhr für Vereine und Schulen und nachmittags von 2—5 Uhr nachmittags stündlich für den allgemeinen Besuch, b) Sonntags von 11—12 Uhr und 2—5 Uhr nachmittags stündlich. Das Japanenschlößchen, ebenso wie die Wildfütterung, werden von diesen Maßnahmen nicht getroffen. Sie können in der bisherigen üblichen Weise besucht werden.

— Wie alt sind die sächsischen Landesfarben? In diesem Monat ist Sachsen 115 Jahre im Besitz seiner weiß-grünen Landesfarben. Im Juni 1815 lehrte König Friedrich August in sein Land zurück. Der ihm hierbei bereitete Empfang und das freundliche Bild der in Weiß und Grün gekleideten Festjungfrauen veranlaßten ihn, an Stelle der bis dahin verwendeten Meißnischen Landesfarben (Gelb und Blau) Weiß und Grün als Landesfarben des damals noch jungen Königreiches zu bestimmen.

Bürger! Höre das Gebot: Wähle! Sonst wird Sachsen rot!

Großnaundorf. Sitzungsberichte. In der letzten Sitzung der Gemeindeverordneten wurde als Vizepräsident für den ausgeschiedenen Gemeindeverordneten Lehrer Otto Herr Erwin Thomashke vom Vorsitzenden, Bürgermeister Söhnel, in Pflicht genommen. Hierauf schritt man zur Bildung eines siebenköpfigen Wahlvorstandes aus Anlaß der kommenden Landtagswahlen. Nach Vortrag der Jahresrechnung 1929/30 über den gesamten Gemeindehaushalt wurden in Punkt Verschiedenes Einzelheiten besprochen, die zum großen Teil die breite Öffentlichkeit weniger interessieren. Von einiger Wichtigkeit war nur die Kenntnisnahme und Genehmigung seitens des Kollegiums vom Einbau einer ordnungsgemäßen Beseitigung am Aufgange zum Badeplatz des Deutschen Turnvereins. — In der letzten Schulausschüßsitzung wurde nach Erledigung eines Einganges und einer rechnungstechnischen Mitteilung die Schulkassenrechnung 1929/30 vorgetragen. Die Rechnung balanciert mit RM 4554,— und wurde zur weiteren Prüfung den Herren Müze und Ewald Hesse übergeben. Im letzten Punkt der Tagesordnung wurden die Termine für die Sommer- und Herbstferien nach den Vorschlägen der Lehrerschaft einstimmig festgesetzt und letzten Endes das Angebot des Turnvereins DT. zur Benutzung des Freibades für die Schulkinder gegen einen jährlichen Mietpreis von RM 15,— einstimmig angenommen.

Königsbrück. Strandleben in Bschornau. Man schreibt uns: Eine Partie per Rad oder Auto nach Bschornau über Königsbrück, Stenz, Glauschnitz, Tauscha, Dobra, von hier ca. 24 km, ist lohnend. Am letzten Sonntag hatten sich eine große Anzahl Autos und Motorräder, sogar viele aus Dresden, dort eingefunden. Es muß also schön sein als an der Elbe. Eine Erfrischungsbude ist auch da, ebenfalls war für Strandkonzert gesorgt, indem einige ihre Grammophonapparate mitgebracht hatten. Nur

füllt werden. Im Rahmen der Sparbarkeit muß das Ziel des Finanzausgleichs sein, den mittleren und kleineren Städten genau so wie den größeren Körperschaften der kommunalen Gemeinschaft ein Eigenleben zu sichern, das die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der in ihnen lebenden Bevölkerung gewährleistet.

Der geschäftsführende Präsident, Dr. Haekel, sprach zum Thema: „Reform des Selbstverwaltungs-gesetzes“: Die einheitliche Einführung des Ein-körpersystems sei empfehlenswert, da der in früherer Zeit bewährte Magistrat infolge der Wahl nach politischen Mehrheiten in den meisten Städten nur ein Spiegelbild der Stadtverordnetenversammlung geworden sei. Der Vorsitz des Bürgermeisters in der Stadtvertretung sichere eine organische Verbundenheit zwischen Stadtvertretung und Stadtverwaltung. Die Staatsaufsicht dürfe sich lediglich auf die Überwachung der Gesetzmäßigkeit beschränken. Mit besonderem Nachdruck lehnte der Redner für Preußen den Gedanken einer Übertragung der Staatsaufsicht über die Städte unter 10 000 Einwohner auf den Landrat ab. Eine Reichsfinanzkontrolle des gemeindlichen Kassen- und Rechnungswesens sei als zu kostspielig und unzweckmäßig abzulehnen. Bei der Eingemeindung sei die Einsetzung eines unabhängigen Staatsausschusses erforderlich.

Hierauf ergriff Ministerialdirektor Dr. v. Leyden-Berlin das Wort zu seinem Vortrag über „Der künftige Finanz- und Lastenausgleich“. Er betonte, für 1929 werde allein der

Ausgabenbedarf für die Wohlfahrtsverwundeten rund 100 Millionen

betragen. Wie hoch er in diesem Jahr steigen werde, sei noch nicht zu übersehen. Eine Regelung auch dieses Teils der finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit sei unbedingte Voraussetzung jedes Finanz- und Lastenausgleichs, sei es durch Übernahme der Last auf das Reich, sei es durch eine ausreichende Dotierung der jetzigen Träger.

eins muß man vermissen: die Badefabnen. Wer ein geschlossenes Auto hat, bringt seine Kabine mit. Die übrigen müssen sich ein geeignetes Plätzchen suchen.

Königsbrück. Ein Lastkraftwagenzug um-gestürzt. Auf der Straße Schwepnitz-Hermsdorf begegneten sich am Sonntagabend ein Personenkraftwagen und ein schwer beladener Lastkraftwagenzug mit Anhänger. Am den Zug vorbeizulassen, hielt der Personenkraftwagen in etwa 30 m Entfernung dicht am Straßenrand. Der Lastkraftwagenzug fuhr langsam vorbei, geriet aber doch zu weit an den Straßenrand, der einbrach, so daß die beiden Wagen umkippten und noch einen Baum umlegten. Die beiden Wagenführer kamen mit leichteren Schnitt- und Quetschwunden davon.

Dresden. Der evangelische Arbeiter in Staat und Wirtschaft. Der Landesverband evangelischer Arbeitervereine hat seine Mitglieder für den 28. und 29. Juni zur Jahresversammlung nach Dresden gerufen. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, spricht im großen Saale des Vereinshauses (Zinsendortstraße) der Reichstagsabgeordnete Behrens-Berlin über „Der evangelische Arbeiter in Staat und Wirtschaft“. Am Sonntag vormittag 1/10 Uhr findet ein Gottesdienst mit Festpredigt des Dresdner Stadtuperintendenten statt. Daran schließt sich eine Kundgebung am Lutherdenkmal auf dem Neumarkt, wo Eisenbahnschlosser Bajer-Dresden und Pfarrer Werbed-Berlin, der Vorsitzende der deutschen evangelischen Arbeitervereine, sprechen werden.

Bischofswerda. Ihren Verletzungen erlegen. Die am Sonnabendmittag bei dem gemeldeten Motorradzusammenstoß auf der Bauzner Straße schwerverletzte Ehefrau des Kaufmanns Starke aus Halle ist im Bauzner Krankenhaus gestorben. Das Ehepaar Starke befand sich mit dem Motorrad auf der Heimfahrt von der Ferienreise, die damit einen so tragischen Ausgang nahm.

Bauzen. Bauzens Einwohnerzahl. Die Einwohnerzahl Bauzens belief sich nach dem Fortschreibungsergebnis Ende Mai d. J. auf 40 660.

Pirna. Ausklang des Elbgaulängerfestes. Am Montag nachmittag war die Hauptaufführung dem deutschen Volkslied — Tonsäje von Schreck, Silcher und Wohl-gemuth, die Volksliedballaden von den „Zwei Königskindern“ und „Schön Rottraut“ — gewidmet. Es wechselten Gesangschöre und Gruppenschöre in buntem Wechsel unter Leitung von Richard Büttner, Richard Hofmann und Erich Ehlig. Besonders stimmungsvoll war auch die Abendmusik auf dem alten Marktplatz, der Tausende lauschten. Der Abschiedskommers in der Festhalle versammelte noch einmal Tausende, die Oberlehrer Döring herzlich begrüßte. Die Eingegruppen und Chöre von Pirna und Umgebung überboten sich gegenseitig mit Liedergaben. Zum Schluß dankte der Vorsitzende des Festauschusses noch einmal allen Sängern und denen, die zu dem prächtigen Gelingen des Festes beigetragen hatten.

Wurzen. Austritt aus der Deutschen Volkspartei. Die Führerin der Rennerbewegung, Stadtverordnete Frau Johanna Lasse, ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Dieser Schritt ist angeblich in erster Linie darauf zurückzuführen, daß Frau Lasse an eine nicht sehr aussichtsreiche Stelle auf die Kandidatenliste zur Landtagswahl gesetzt werden sollte.

Bernsdorf. Großer Waldbrand bei Weiszig. In der 4. Stunde des Montags entstand in der Nähe von Weiszig ein großer Waldbrand, der sich über ein Gebiet von fast 500 Morgen Wald erstreckte und außerordentlich großen Schaden anrichtete. Außer sämtlichen Wehdern der umliegenden Ortschaften mußte Reichswehr angefordert werden und 45 Mann der Schutzpolizei mußten eingreifen, um des Feuers Herr zu werden. Dem vereinten Bemühen gelang es schließlich, den Brand zu löschen.

Pfuscharbeit im Baugewerbe.

Das Ministerium des Innern macht bekannt: Viele Bauarbeiten werden von den Bauherren ohne Einziehung des fachlich geschulten Bauhandwerks ausgeführt. Ob bei solchen Bauausführungen in jedem Einzelfalle die Bestimmungen des allgemeinen Baugesetzes und der Ortsbauordnungen eingehalten und die allgemein gültigen Vorschriften über die Anmeldung der Beschäftigten zur Krankenkasse, zur Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung befolgt werden, ist nicht sicher. Bei Unterlassung der Anmeldung hatten die Bauherren persönlich für die Folgen eines Unfalles, und setzen sich der Gefahr aus, einen bei solchen Arbeiten Verletzten schadlos halten und ihm gegebenenfalls eine lebenslängliche Rente zahlen zu müssen. Auch bei Vergebung von Bauarbeiten an Scharwerker ist genau zu prüfen, ob diese ihr Gewerbe ordnungsmäßig angemeldet haben, da andernfalls für die Bauherren die gleichen Gefahren bestehen können.

Auf die Möglichkeit der Zurückweisung von Bauleitern und Bauausführenden, die einen Bau nicht gewerbsmäßig ausführen, durch die Baupolizeibehörde wird ausdrücklich nochmals hingewiesen.

Der geschäftliche Tod.

Im Monat Mai sind 210 (im Vormonat 212) Anträge auf Konkursöffnung gestellt worden. Von diesen entfallen 97 auf die Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau. 143 Anträgen ist stattgegeben worden, während 67 (im Vormonat 87) mangels Masse abgelehnt sind.

Neben den Konkursen sind noch 69 (im Vormonat 102) gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Politik mit dem Messer.

Nach einer Versammlung, die die Nationalsozialisten in Glauchau abhielten, kam es zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten, der in eine schwere Schlägerei ausartete. Hierbei erhielt ein Kommunist einen Messerstich in die Lunge und mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden. Er ist im Laufe der Nacht seiner schweren Verletzung erlegen. Außerdem wurden einige andere Personen verletzt, von denen zwei gleichfalls in das Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Als Waffen wurden Bierflaschen, mit Nägeln gespickte Latten und Messer benutzt.

Gegen Gewalttätigkeiten im Wahlkampf.

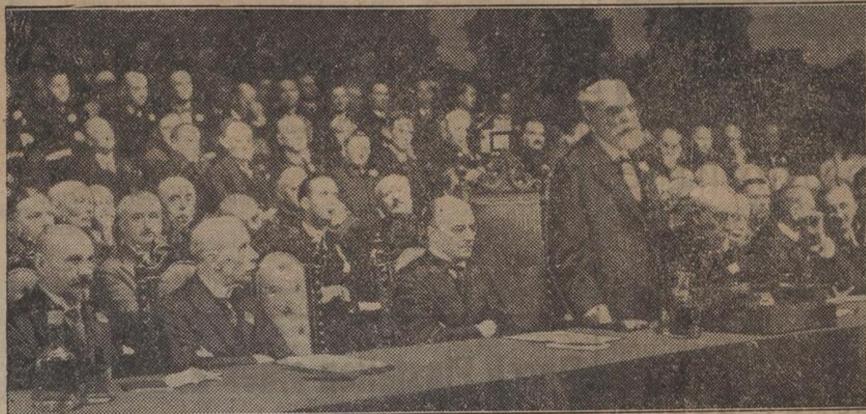
Trotz der unerhörten Vorgänge von Cytbra will die sächsische Regierung, wenn irgend möglich, während der Dauer des Wahlkampfes von allgemeinen polizeilichen Verböten absehen, damit jeder Unfug vermieden wird, als ob von Seiten der Regierung nicht strengste Neutralität beobachtet werde. Sie hat aber ihre Polizeikräfte angewiesen, gegen solche Leute, die die Ruhe und Ordnung stören und Gut und Leben anderer angreifen und verletzen, mit rücksichtsloser Strenge vorzugehen und sie hofft, daß der gesunde Sinn der überwiegenden Mehrheit des sächsischen Volkes sich allen Gewalttätigkeiten im Wahlkampf, der ein Kampf der Geister und Meinungen, nicht aber ein solcher von Fäusten und Knüppeln sein soll und darf, abgeneigt zeigen und solche gewalttätigen Methoden richtig zu beurteilen wissen wird.

Tagungen in Sachsen

Der sächsische Gastwirtsverband hielt in Löbau seine 44. Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß unter der allgemeinen schweren wirtschaftlichen Lage auch das Gastwirtengewerbe schwer zu leiden gehabt habe. Der Reiseverkehr habe ganz bedeutend nachgelassen und die Wanderer transportierten ihre Verpflegung meist selbst im Rucksack. Dabei lasteten große Steuer- und Zivillasten schwer auf dem Gewerbe und der Gastwirtentätigkeit ohne Rücksicht auf den Fremdenverkehr sein Personal beizubehalten. Am schwersten betroffen seien die Saisonbetriebe. Besonders aktuell sei die Frage der Erhöhung der Reichsbiersteuer und die Einführung der Gemeindegetränksteuer. Der Deutsche Gastwirtsverband habe eine Gegenaktion eingeleitet. Die Grenzverhältnisse müßten eingehend berücksichtigt werden. Der heißgeführte Kampf habe aber noch nicht erreicht, daß die Steuer in der beabsichtigten Höhe erlassen wurde. Die Stadtverwaltungen spielten wieder mehr mit dem Gedanken, eine Gemeindegetränksteuer einzuführen. Im Berichtsjahre sei auch eine Erhöhung der Branntweinsteuer eingetreten. Die Verhältnisse forderten die Aufhebung der Aufwertungssteuer, die sich besonders bei den Betrieben auswirke, die in großer Notlage seien. Die Saalbesitzer hätten besonders schwer unter dieser Abgabe zu leiden. Der Geschäftsbericht bezeichnet das Gastwirtengewerbe als völlig überflüssig. Der Verband stelle sich ebenfalls gegen den Alkoholmißbrauch, das Gastwirtengewerbe aber sei ein Knebelung. Bei der Erteilung der Konzession dürfe allein der Bedürfnisnachweis maßgebend sein. Bedauerlicherweise würden immer neue Vereinshäuser konzediert.

Dritter Deutscher Alkoholgegnertag.

Vom 23. bis 25. Juni findet in Dresden der Dritte Deutsche Alkoholgegnertag statt, veranstaltet von der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus und den in ihr zu gemeinsamer Arbeit vereinten Verbänden.



Von der Weltkraftkonferenz.

Montag vormittag fand in Berlin die feierliche Eröffnung der 2. Weltkraftkonferenz statt. An der Feier nahmen außer den Delegierten der an der Konferenz beteiligten Staaten Vertreter der Reichsregierung, an der Spitze Reichszankler Dr. Brüning, Vertreter der Länder und der Städte, fast das gesamte diplomatische Korps sowie Vertreter der deutschen Hochschulen und Universitäten teil. — Oskar von Miller (stehend), der Vorsitzende der Weltkraftkonferenz, bei seiner Begrüßungsansprache. Links neben ihm Reichszankler Dr. Brüning.

Ministerbesprechungen in Berlin.

Ministerpräsident Schied und Finanz- und Wirtschaftsmminister Dr. Hebrich waren zur Besprechung schwerwichtiger Angelegenheiten in Berlin und hatten hierbei Gelegenheit, auch dem Reichszankler die Wöte der sächsischen Wirtschaft und insbesondere ihre Auswirkungen auf die Arbeiterwirtschaft eingehend darzulegen.

Veränderung des Brotgesetzes.

Reichsernährungsminister Schiele hat mit den Vertretern der Regierungsparteien Fühlung genommen. Es handelt sich um eine Veränderung des Brotgesetzes, und zwar soll bestimmt werden, daß dem Weizen eine bestimmte Menge Roggen im Interesse des Roggenverbrauchs beige mahlen wird.

Spionage eines Reichswehr-Obermusikmeisters.

Das Reichswehrministerium und der Oberreichsanwalt sind zur Zeit mit der Untersuchung einer Spionageaffäre beschäftigt, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. Am Sonntagabend wurde auf dem Hauptbahnhof in Minden in Westfalen der Obermusikmeister vom 6. Artillerie-Regiment Paul Adam zusammen mit seiner Ehefrau verhaftet, als sie von einer Reise aus französischem Gebiet nach Minden heimkehrten. Adam und seine Frau stehen nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums unter dem dringenden Satverdacht, wichtige militärische Geheimnisse Deutschlands an französische Behörden verraten und dafür im Solbe Frankreichs gefanden zu haben. Sie wurden nach ihrer Verhaftung zunächst in das Mindener Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, wo ihre erste Vernehmung bereits stattgefunden hat. Alle Einzelheiten des Spionagesalles werden von den zuständigen Behörden im Interesse der weiteren Untersuchung noch geheimgehalten.

Der Polizei gegenüber war schon vor längerer Zeit der Verdacht geäußert worden, daß Adam besondere Beziehungen zu französischen und belgischen Stellen unterhalten müsse. Das Reichswehrministerium, das von diesem Verdacht unterrichtet wurde, ließ das Ehepaar nun unausgesezt durch Spezialbeamte beobachten. Adam ist ein alter Soldat. Er diente vor dem Kriege und während des Feldzuges bei dem Feld-Artillerie-Regiment 3 in Vrandenburg a. S. Dann wurde er von der Reichswehr übernommen und im Jahre 1921 als Musikmeister zum Reichswehr-Feldartillerie-Regiment 6 nach Minden versetzt, wo er schließlich Obermusikmeister bei der zweiten Abteilung dieses Regiments wurde. Es ist im Regiment seit langem aufgefalle, daß die Familie Adam weit über ihre Verhältnisse lebte. Frau A., die jedenfalls treibende Kraft bei den Verfehlungen gewesen ist, wußte sich immer sehr geschickt auszureden und behauptete, eine große Erbschaft gemacht zu haben. Es scheint, als wenn auch in Berlin Personen sigen, die mit Frau Adam zusammen gearbeitet haben.

Frau Adam, die aus Lothringen stammt, erklärte immer — um ihre häufigen Reisen nach Frankreich zu motivieren — sie wolle Verwandte in der alten Heimat besuchen. Es haben sich starke Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Frau, der von ihrem Mann militärische und besonders artilleristische Tatsachen mitgeteilt wurden, dieses Wissen für Geld in Frankreich an den Mann gebracht hat.

Bei der letzten Reise der Eheleute nach Lothringen wurden sie nun unauffällig von Kriminalbeamten beobachtet. Die Feststellungen, die die Beamten unterwegs machten, waren so schwerwiegend, daß sie die Mindener Polizei veranlaßten, das Ehepaar beim Wiedereintreffen in Minden zu verhaften.

Das Reichswehrministerium prüft zur Zeit die Mitteilungen, die bisher von den Untersuchungsbehörden in Minden über den Spionagesfall des Obermusikmeisters Adam eingegangen sind.

Man hält im Reichswehrministerium den Spionagesfall für außerordentlich ernst

und ist der Ansicht, daß man einer umfangreichen Spionageorganisation auf die Spur gekommen ist. Alle näheren Einzelheiten werden aber verweigert, weil nach § 11 des Gesetzes über den Landesverrat sich derjenige, der amtliche Nachrichten über das Ergebnis einer Untersuchung weitergibt, strafbar macht. Es ist möglich, daß noch weitere Verhaftungen vorgenommen werden.

13 deutsch-russische Beschwerdepunkte.

Moskau. Am Montag abend fand die erste Sitzung der deutsch-russischen Schlichtungskommission statt. Der Vorsitzende der russischen Abordnung, Stamonikow, hielt eine Ansprache, in der er die Hoffnung äußerte, daß es der deutsch-russischen Zusammenarbeit gelingen möge, sämtliche Fragen zu regeln und zu einer Einigung zu kommen. Von russischer Seite wurden der deutschen Abordnung dreizehn Beschwerden überreicht, etwa die gleiche Anzahl Beschwerden wurden von deutscher Seite unterbreitet. Die Führung der Verhandlungen liegt vorläufig in den Händen Stamonikows.

Aus aller Welt.

Das 40 Todesopfer in Lübeck.

Lübeck. Durch einen weiteren Todesfall hat sich die Zahl der Todesopfer nunmehr unter den mit Calmette geimpften Säuglingen auf 40 erhöht. Krank sind noch 86, gebessert 48 und gesund 72.

Die Lübecker Bürgerschaft beschäftigte sich in ihrer Montagssitzung zum zweitenmal mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Suspendierung der leitenden Fachärzte Dr. Deyde und Dr. Altfedt. Nach einer längeren Aussprache wurde dann der sozialdemokratische Antrag angenommen. Nunmehr hat der Senat die Entscheidung zu treffen, ob er, nachdem er den beiden Beamten den einstweiligen Urlaub bewilligte, ihre Suspendierung veranlassen will.

Furchtbare Todesbilanz in Bayern.

Dreizehn Menschen fordert ein Tag.

München. Der Lech, in dessen Fluten am Sonntag sieben Kinder verunglückten, hat abermals zwei weitere Kinder als Todesopfer gefordert. Insgesamt haben sich am Montag beim Baden in Bayern acht tödliche Unfälle ereignet. Dazu kommen noch zwei Personen, die bei einem Gewitter vom Blig erschlagen wurden. Ferner wurde in der Nähe von Lindern ein zweiundzwanzigjähriger vom D-Zug überfahren. Die Schuld trifft den Toten, der eigenmächtig die geschlossene Schranke geöffnet hatte. In der Nähe des Dorfes Heideleisdorf wurde ein Knecht mit abgefahrenem Kopf tot aufgefunden. Ein dritter Eisenbahnunfall ereignete sich bei Bilstofen, wo ein 16jähriger Realschüler aus einem fahrenden Personenzug stürzte und gleichzeitig den Tod fand.

„Graf Zeppelin“ auf der Schweizerreise.

Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag vormittag zu einer Schweizerfahrt aufgestiegen. Die Führung hat Kapitän Fleminng. An der Fahrt nehmen 39 Passagiere teil.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat die schon beinahe übliche Fahrtroute zurückgelegt: Schaffhausen, Lausanne, Genf, Zürich, Rohrschach. Ueber Zürich wurde ein Postfach abgeworfen. Die Fahrt war sehr gut, so daß sich sämtliche Passagiere über die Fahrt begeisterten äußerten. Als das Luftschiff wieder in Friedrichshafen eingetroffen war, unternahm es, nachdem es einige Schleifen über der Stadt gezogen hatte, noch eine Fahrt über dem Bodensee.

Blutige Familientragödie in München. In München erschöß ein pensionierter Werkmeister seine Frau und seine beiden 14 bzw. 17 Jahre alten Söhne. Die Ursache zu der Tat dürfte in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Acht Gebäude durch Brandstiftung eingeeäschert. Der Ort Lespe an der Elbe ist von einer schweren Brandstiftung heimgesucht worden. Nachdem bereits vor einigen Tagen ein Wohnhaus und zwei Scheunen durch eine Feuersbrunst eingeeäschert waren, brach jetzt im Wohnhaus des Landwirtes Mahnde erneut Feuer aus, das rasch um sich griff und auf die Nachbarhäuser übersprang. Innerhalb einer Stunde waren drei Wohnhäuser und zwei Wirtschaftsgebäude den Flammen zum Opfer gefallen. Sämtliches Mobiliar und landwirtschaftliches Gerät wurden vernichtet.

Preise, die nicht verteilt werden können. Das Preisauschreiben des Deutschen Bühnenvereins Berlin, durch das ein erster Preis von 5000 Mark und ein zweiter Preis von 3000 Mark für die beiden besten Bühnenwerke ausgesetzt war, kann nicht zur Erledigung kommen. Es waren insgesamt über tausend Werke beim Deutschen Bühnenverein eingegangen, doch hat die Jury nach wiederholter gründlicher Siebung das übereinstimmende Urteil gefällt, daß keines der Werke genügend bühnenreif sei, um es nach den Bestimmungen des Preisauschreibens zur Aufführung kommen zu lassen.

Büdo Metallputz

der unübertroffene

Sonne und Mond.

18. Juni: S.-A. 3.39, S.-U. 20.23; M.-A. 0.13, M.-U. 10.41
19. Juni: S.-A. 3.39, S.-U. 20.23; M.-A. 0.23, M.-U. 11.53

Stadt-Bad Wasser-Temperaturen am 17. Juni

22 — 22 — 24 Grad Celsius

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Zeitweise aufziehende Winde, vorzugeweise aus Südost. Deichte Bewölkung ohne, vorübergehend auch stärkere Bewölkung. Tagsüber schwächere Erwärmung, Gewitterneigung.

Landtagswähler!

Wahlversammlung

Freitagabend 8 Uhr im Gesellschafts-saal BÜRGERGARTEN

Sachsens Mittelstand bei der Landtagswahl im Kampf gegen Konsumverein und Warenhaus. — Steuerdruck und Wirtschaftssorgen.

REDNER H. MENST, BERLIN

Abgeordneter des preußisch. Landtags

Wir bitten alle Landtagswähler des Mittelstandes zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Reichspartei des Deutschen Mittelstandes. Ortsgruppe Pulsnitz

Die Kirchennutzung

des Rittergutes Dhorn wird am Freitag, den 20. Juni, nachm. 5 Uhr, im Ratseller Dhorn meistbietend versteigert. Rittergut Dhorn.

Achtung! Hausfrauen! Achtung!

Im Schützenhaus Pulsnitz
Donnerstag, den 19. Juni, nachm.
3 bis 6 Uhr, führen wir Ihnen
das Aufbügeln von

Hackebeils Farbenwunder

praktisch vor. Sie werden überrascht sein von der fabelhaften Neuheit auf dem Gebiete der Stoffverzierung. — Wenige Bügelstriche genügen, um jedes farbenprächtige Muster auf hellem Stoff zu übertragen.

Bitte überzeugen Sie sich am Donnerstag bei der praktischen Vorführung

Verlag „Dresdner Hausfrau“

Für die vielen anlässlich unserer SILBER - HOCHZEIT in so ungeahnter Weise dargebrachten Glückwünsche, Geschenke u. sonstigen Ehrungen danken recht herzlich

Edwin Weber u. Frau geb. Thieme

Pulsnitz, 12. Juni 1930

Durch Einstellen eines 2. modernen Omnibusses

bin ich in der Lage, Vereinen, Hochzeiten, Schulklassen, usw. von 10—50 Pers. bei Ausflügen bestens zu dienen. Sehr preiswert, sicher und gut. Gleichzeitig empfehle meine geschlossenen 4 und 6 Sitzer Mietwagen unter billigster Berechnung. Bitte auch weiterhin um gütige Unterstützung

Alwin Neumann

Auto-Vermietung Kamenz, Fernruf Nr. 166

Schlüter - Vollkorn-Feinbrot

Das ideale Volksnahrungsmittel, von Aerzten empfohlen, für Hausfrauen, Mütter, Familienväter.

geistig und körperlich Arbeitende, Sportsleute und Kranke für Alle empfiehlt

Theodor Müller Bäckmeister



Schlüter VOLLKORN BROT
reich an Nährsalzen, Eiweiß, Vitaminen, bildet Blut, Knochen, Nerven, ist leicht verdaulich

Wähler-Versammlung der Wirtschaftspartei am Freitag!

Wir machen unsere Mitglieder auf diese in unserm Standes-Interesse liegende Versammlung aufmerksam u. empfehlen rege Beteiligung.

Verein für Handel und Gewerbe

Fräulein

(im Alter von 30—40 Jahren) als Stütze gesucht. Adressen unter F. 18 an die Tageblatt-Geschäftsstelle erb.

Erdbeeren reich gesüßt Schnittrosen immer abzugeben

Gärtnerei Hübner

Ferkel

verkauft Rapp, Lehngut Lichtenberg

Lesen Sie Meisters Buch-Roman!

Mietwagen-Anruf 384

Paul Geißler Pulsnitz

Aus dem Gerichtssaal.

Freiberg. Ein ungetreuer Bürgermeister verurteilt. Das Schwurgericht Freiberg verurteilte den früheren Bürgermeister von Gablenz Karl Erich Grundmann wegen schwerer Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu einem Jahr acht Monaten und einer Woche Gefängnis. Grundmann hat von 1926 bis 1929 als Geschäftsführer der Gemeindegroßkasse mindestens 13 000 M. unterschlagen und deswegen die Kassenbücher unrichtig geführt.

Der Anschlag auf den württembergischen Justizminister geführt. Das Stuttgarter Schwurgericht verurteilte den 45 Jahre alten Metzger und Händler Stängle wegen des Anschlags auf den württembergischen Justizminister Beyerle zu drei Jahren Gefängnis. Stängle hatte am Osterdienstag versucht, in einer Unterredung mit dem Justizminister eine Begnadigung seiner im Gefängnis sitzenden Frau zu erreichen. Als er keinen zureichenden Bescheid erhielt, war er mit offenem Taschenmesser auf den Minister eingedrungen und hatte ihn erheblich verletzt.

Ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter vor Gericht. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele, gegen den ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwebt, ist auf Anordnung des Berliner Untersuchungsrichters des Reichsgerichts diesem vorgeführt worden. Er ist nach kurzer Vernehmung entlassen worden. Der Reichstag hatte die Genehmigung zur Durchführung des Verfahrens und notfalls auch zur zwangsweisen Vorführung erteilt.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Der wegen Ermordung eines Landwirts und Zerstückelung der Leiche zum Tode verurteilte Dienstknecht Joseph Heinrich aus Niederrimmensbach bei Ulm wurde vom württembergischen Staatspräsidenten zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Revision im Rogalla-Prozess eingelegt. Die im Prozess gegen den Schnitter Rogalla zu Zuchthaus verurteilten Mitangeklagten Boguski, Kwabich und Lawronowicz haben Revision beim Reichsgericht eingelegt. Auch der zum Tode verurteilte Rogalla hat Revision angemeldet.

Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte eine Schriftleiterin der Roten Fahne, Eva Altman in Berlin, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu neun Monaten Gefängnis. Die Angeklagte hat im November 1929 für die Rote Fahne als Schriftleiterin verantwortlich gezeichnet und trägt damit die strafrechtliche Verantwortung für dreizehn Artikel, in denen der politische Massenstreik propagiert wird.

Der Kampf um Loestes Millionen entschieden!

Berlin. In dem Erbschaftsprozess um die Millionenhinterlassenschaft des Berliner Kunsthändlers Albert Loeste wurde vor dem Landgericht I das Urteil verkündet. In diesem Prozess hatten 88 Verwandte des Verstorbenen gegen die beiden von Loeste eingesetzten Erben geklagt und die Ungültigkeitserklärung des Testaments verlangt. Das Urteil lautete dahin, daß die Klage abgewiesen wird.

Gegen Hinterlegung von 4000 Mark Kosten wird das Urteil für vorläufig vollstreckbar erklärt. — Als wesentlicher Urteilsgrund wurde angegeben, daß die Klage der Verwandten Loestes in der Hauptsache aus sachlichen Gründen abgewiesen werden mußte, weil nämlich die Hauptforderung, das Testament für unecht zu erklären, nicht erfolgen konnte, vielmehr der Prozess den Beweis erbracht habe, daß das Testament von Loeste geschrieben und auch in vorschriftsmäßiger Form abgefaßt worden sei. Das sei die Kernfrage des Prozesses gewesen. Die Beweislast hierüber habe den Beklagten obgelegen, und es sei den drei Beklagten auch tatsächlich gelungen, dem Gericht die Ueberzeugung von der Echtheit des Testaments beizubringen.

Wovon man spricht.

Die bankrotte Erde. — Mag der Sieger. — Die Partei der Junggefallen. — Hitze und Männerkleidung.

Der Pleitegeier schwebt über uns, aber die fürchterlichste und größte Pleite, die uns bevorsteht, ist uns bisher noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Es handelt sich einfach darum, daß unsere liebe alte Mutter Erde in absehbarer Zeit pleite ist. Man hat solange gebohrt und gebuddelt, bis die Erbschätze zu verfliegen drohen. Kohle und Öl gehen auf die Reize, denn die Herrscher unseres technischen Zeitalters — die Motoren und Maschinen — sind das, was man einen Biefraß oder Rimmersatt zu nennen pflegt: sie verschlingen ungeheure Mengen an festen und flüssigen Kraftstoffen. Die in Berlin tagende Weltkraftkonferenz will nun den Energiehaushalt aller Völker und Staaten sanieren; sie will vor allem durch Erhöhung des Nutzeffektes unserer technischen Anlagen und Vorrichtungen der Energieverschwendung Einhalt gebieten und darüber hinaus neue Energiequellen erschließen. Die Erde protestiert heftig dagegen, daß sie bisher so gut wie allein die Bege bezahlen mußte, indem man sie durch die Kohlenzehen ihrer Schätze beraubte. Die Flüsse sollen jetzt auch daran glauben: die „weiße Kohle“ der Flüsse und Meere soll einen Teil der Lasten tragen, die bisher die schwarze Kohle der Erde trug. Aber damit kann man die Erschöpfung der Erdenergie auf die Dauer nicht verhindern. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als die Sonne um einen gehörigen Wagen Energie anzupumpen. Wenn wir nur ein paar Prozent der Strahlenwärme für unsere technischen und maschinellen Zwecke ausnützen könnten, so wäre die Energiepleite für absehbare Zeit behoben und unser Bedarf an Kraftstoffen vollkommen gedeckt. Man will damit aufräumen, daß die Sonne jahrein jahraus ihre Strahlen sozusagen ins Blaue sendet; man will Jagd auf diese Strahlen machen. Die Sonne soll dem Vernehmen nach die Mitglieder der Weltkraftkonferenz bereits zu bestechen versucht haben, indem sie in diesen Hundstagen verschwenderisch ihre Hitzewellen zur Erde hernieder sandte. Diese Versuche haben aber einen schlechten

Eindruck gemacht, und man geht, wie gesagt, ernstlich mit dem Gedanken um, die Sonnenstrahlen zu bändigen und bei der Sonne eine Energie-Anleihe für die kommenden Geschlechter und Jahrhunderte aufzunehmen.

Bisher wußten wohl die wenigsten von uns, was ein „Tiefschlag“ ist. Nun aber wissen wir es: ein Tiefschlag ist ein Ding, für das man unter Umständen drei Viertelmillionen Emmchen bekommen kann. Woran aber keineswegs folgt, daß das Geld in Amerika auf der Straße liegt und unversehens auf eine solche Weise wie unser Mag über Nacht zu Reichtum und Ruhm kommen kann. Wenn Sie meinen, daß Mag sein Geld zu leicht verdient habe, oder daß man vielleicht zuviel Aufhebens von ihm mache: bitte, treten Sie Minister Sharkey gegenüber. — Sie werden ja sehen, was sich dann in Ihrer Wagengegend ereignen und wie es um Ihr Wohlbefinden bestellt sein wird. Oder paden Sie meinetwegen das Problem von einer anderen Seite an: denken Sie scharf darüber nach, ob es Ihnen möglich ist, dem stolzen, selbstbewußten, reichen und mächtigen 120-Millionenwolf Nordamerikas, dem einzigen Siegevollen des Weltkrieges, auf irgendeine Art und Weise (das „Wie“ sei also ganz Ihrem wohlwolligen Ermessen anheimgestellt) gewaltig — hören Sie wohl: ganz gewaltig — zu imponieren. Sie werden vielleicht geringschätzig mit den Achseln zucken und einwenden, Sie verständen beim besten Willen nicht, wie sich die Amerikaner durch „so etwas“ imponieren lassen könnten. Nun wohl! so imponieren Sie ihnen durch irgend etwas anderes. Wollen wir um drei Viertelmillionen Emmchen wetten, daß Ihnen der Versuch nicht gelingen wird? Also: bravo Mag!

Eine neue Partei ist im Entstehen begriffen. — eine Partei, die im Handumdrehen Millionen von Mitgliedern um sich schart. Der Herr Finanzminister plant eine Junggefellenteuer und kämpft damit eine Junggefellenteilung aus der Erde. Bisher konnten die Junggefallen mit boshafter Unliebenswürdigkeit jedem lobten Paar pro-

phetisch verkünden: „Na ja, manche Söhne sollen ja gut ausgehen, aber die meisten führen doch zur Ehe“, — jetzt aber ist ihnen samt und sonders vor ihrem Hagestolzenum bange geworden. Der Herr Finanzminister hat mit einem Schlage eine geradezu imponierende Partei-Einigkeit herbeigeführt: die Junggefallen aller Parteien von ganz links bis ganz rechts vergehen alle politischen Gegenfäße und sind bereit, mit dem Schlachtruf „Junggefallen aller Parteien, vereinigt euch“ einander in die Arme zu stürzen. Jetzt müßte man nur noch eine Steuer für die Ehemänner einführen, um die zweite Hälfte unseres Volkes unter einen Hut zu bringen. Dann gäbe es am Ende nur zwei Parteien — die der Junggefallen und die der Ehemänner —, und das Verhältnis zwischen Regierungspartei und Opposition wäre durch das Wort gekennzeichnet: stirbt der Fuchs, so gilt der Balg. Es lohnt sich aber, im Ernst darüber nachzudenken: in der Frage der geplanten Steuer sind viele Leute, deren politische Ansichten sonst kraß auseinandergingen, derselben Meinung, während andererorts politische Parteigenossen entgegengesetzte Ansichten vertreten. Die Parteipolitik ist also, Gott sei Dank, nicht der allein seligmachende Ritt, der die Menschen bindet.

Das Blättern in den verstaubten Chroniken nützt nichts: eine derartige Reforhdije, wie sie uns der diesjährige Juni brachte, ist nirgend verzeichnet. Die letzte derartige Hitzewelle muß also die Menschheit wohl noch vor Erfindung der Buchdruckerkunst heimgesucht haben. Bei dieser Tropenglut gewinnt die Frage der Kleidung eine besondere Bedeutung. Es gibt einen Reichsverband für Reform der Männerkleidung bei uns. (Die Kleidung des schönen Geschlechts soll sich ganz von selbst zu jeder Saison „reformieren“.) Der sagter Verband ist hoffentlich nicht in die Hitzeferien gegangen, sondern wird uns vermutlich mit einer Tracht beglücken, die das hitzige Dichterwort „Bon der Stirne hiebrinnen muß der Schweiß“ gründlich zusehnden macht, wobei zur Entschuldigung Schillers allerdings daran erinnert sei, daß er nicht an die Sonnenhize, sondern an die Arbeit gedacht hat.



Pulsnitzer Tageblatt

Beilage zu Nr. 139

Mittwoch, 18. Juni 1930

82. Jahrgang

TURNEN * SPORT * SPIEL

70 Jahre Deutsche Turnerschaft.

Seit Friedrich-Ludwig Jahn in der Hasenheide, am Rande Berlins, in Preußens Notzeit den ersten Turnplatz eröffnet hatte, waren auch in anderen Teilen des deutschen Vaterlandes Turnvereine entstanden, die aber keine Verbindung untereinander besaßen. Es bestanden wohl 300 Vereine, und es wurden am Mittelrhein, in Württemberg und in Sachsen Versammlungen und Turnfeste benachbarter Vereine veranstaltet. Es wurden auch Zeitschriften herausgegeben, die der Verbreitung und Vertiefung des turnerischen Gedankens dienten, aber es fehlte immer noch der Zusammenschluß zu einer großen Organisation. Endlich riefen zwei schwäbische Turnführer im Jahre 1859 die deutschen Turner zu einem allgemeinen Turn- und Jugendfest zusammen, und der Herzog Ernst von Koburg lud die Turner in seine Hauptstadt ein. In den Pfingsttagen des Jahres 1860 am 17./18. Juni kamen tausend Turner in Koburg zusammen, und auf der Tagung wurde die Gründung der Deutschen Turnerschaft beschlossen. Das große Vaterland der Zukunft bildete die Grundlage der Gründung, und der Zukunft Deutschlands sollte die Sammlung aller Kräfte zur Einigung dienen. 70 Jahre hindurch ist die Deutsche Turnerschaft dem Wort des Turnvaters Jahn: „In der Turnkunst liegt ein Einigungsmittel, was die Unterschiede zwischen Glauben, Landtschaft und Land hinwegräumt“ treu geblieben. Damals und heute ist die Deutsche Turnerschaft von dem Wunsch durchdrungen, zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß die Zersplitterung im deutschen Volke aufhöre.

In jeder Stadt und in fast jedem Dorf und im Ausland befindet sich ein Verein der Deutschen Turnerschaft. Über 12 000 Vereine haben über 1 1/2 Millionen Turner und Turnerinnen um das Banner der Deutschen Turnerschaft gesammelt. Und die Führer der Deutschen Turnerschaft sind gewillt, getreu der Leberlieferung von 70 Jahren und dem Erbe der Väter, ihrem Ziel nachzustreben, das, wie Jahn einmal gesagt hat, dahin geht: „Der Schlaffheit, der Faulheit, der Willenlosigkeit, dem Lebensmüde und dem Lebensüberdruß siegreich die Spitze zu bieten.“

Weißner-Hochland-Turngau. Die am vergangenen Sonntag in Bischofswerda stattgefundene Gauvorturnerstunde des Weißner-Hochland-Gaues stand vollständig schon im Banne des in den ersten Julitagen in Chemnitz zur Durchführung gelangenden großen Landesturnfestes der Sächsischen Turnerschaft. Wie ein gutes Omen für das reifliche Gelingen dieser gewaltigen Veranstaltung stand das letzte gemeinsame Turnen der Führer in Bischofswerda im Zeichen herrlichen Sonnenscheines. Im Turngarten der Oberschule stellten sich dem Gauvorturnwart Siegmund, Richterberg, etwa 40 Turnvater und Vorkamerinnen, um nach eigens dafür herangegabenen Schallplatten die für Chemnitz in Frage kommenden Festfreibühnen, Reulenhäuser und Volkstänze zu einer letzten Kritik zu zeigen. Wohl galt es noch kleine Ecken abzuschleifen, doch wurde der Beweis erbracht, daß in allen Vereinen gleichmäßige Arbeit geleistet worden ist. War es eine Freude, einer so kleinen Schar in dem Auf und Nieder, Hin und Her zusehen zu können; wach erhellender Anblick muß es sein, wenn in Chemnitz 6-7000 Turnerinnen in ihren hellblauen Turnanzügen, die so prachtvoll wirkenden Übungen der breitesten Öffentlichkeit vorzuführen. All

das hier Erwähnte trifft aber auch für die Übungen der Turner zu, die von rund 75 Turnvater und Vorkamerinnen unter der Leitung des Gauvorturnwartes Rieger, Ramenz, in der städtischen Turnhalle geübt wurden. Nach kurzer Mittagspause fand eine gemeinsame Sitzung im Schützenhause statt, an der aus 36 Vereinen 98 Turner und 12 Turnerinnen teilnahmen. Nach begrüßenden Worten des Gauvorturnwartes ergriff Gauvortreter Hellriegel, Schmölln, das Wort und gedachte der vor 70 Jahren erfolgten Gründung der Deutschen Turnerschaft und gestaltete somit die Sitzung zu einer erhebenden Festerstunde. Er sprach in treffenden Worten vom Werden und Wollen dieser großen, im Dienste der Allgemeinheit arbeitenden Gemeinschaft deutscher Frauen und Männer und fand begeisterte Zustimmung. Auch hier galt der zur Beratung stehende Stoff lediglich dem Landesturnfest. Welches den Sonderzugs-, Verpflegungs-, Uebernachtungs- und vor allem die Kostenfrage wurden eingehend behandelt. Nach dem bis 1. Juni eingegangenen Meldungen beteiligen sich in Chemnitz 38 Vereine mit 330 Turnern und 106 Turnerinnen. An den allgemeinen Freilübungen der Turner nehmen 285 teil, an denen der Turnerinnen 99, 108 Turner und Turnerinnen treten zu den verschiedensten Wettkämpfen an. Inzwischen sind aber noch reichlich Nachmeldungen eingegangen, so daß die endgültige Zahl eine viel höhere sein wird. Mit einer weiteren Besprechung der anwesenden Gauvortratsmitglieder, in der interne Verwaltungsfragen erörtert wurden, schloß der bedeutungsvolle Tag.

Ein seltenes Fest! Wenig bekannt ist, daß die Sächsische Turnerschaft ihre Mitglieder nur selten zu großen Demonstrationen ruft. Zu 50 Jahren hat sie erst 5 Landesturnfeste abgehalten, weit weniger als andere Turnverbände. Das 1. Sächsische Landesturnfest fand 1882 in Chemnitz, der Stadt des kommenden 5. Landesturnfestes statt. Die damals 40 000 Mitglieder zählende Sächsische Turnerschaft brachte damals 5000 Teilnehmer (nur Turner) auf die Beine. Ein Aha!, denkt man, wird sich am Feste beteiligen. Der Festplatz war damals „imposant“ 40 000 qm (gegen 270 000 qm des künftigen!). Es gab eine Festhalle, die 3000 Personen faßte. Das arme Deutschland von heute kann sich das nicht mehr leisten! Bei ähneln Wetter wird man sich mit Zelten begnügen müssen! 1. Sieger war damals O. Faber (F. B. Leipzig-Westvorstadt), dem heutigen FSB. 1887 Leipzig, der auch den 2., 3. und 4. Sieger stellte. Ein Verein, der die ersten vier Sieger stellt, erscheint heute fast unmöglich! Die Zahl der Turnvereine im Wettbewerb ist viel zu groß und die Leistungshöhe in den Spitzenvereinen zu ausgeglichen.

Schmelzing erhält Angebote aus London. Ein Syndikat von Geschäftsleuten hat dem Deutschen Schwergewichtsmesser Max Schmelzing für einen 15-Runden-Kampf gegen den früheren Trainingspartner von Timney, Harold Mays, die Summe von 600 000 Mark angeboten. Der Kampf soll im September in Jersey City stattfinden. Das Syndikat hat sich bereit erklärt, bei der Unterzeichnung des Abkommens durch Schmelzing diesem 200 000 Mark bar auszusahlen.

Deutscher Luftfahrttag 1930. Der Reichsverkehrsminister v. Guérard wird an der diesjährigen Haupttagung des Deutschen Luftfahrtverbandes, dem 24. Deutschen Luftfahrttag, der am 22. Juni in Kassel stattfindet, teilnehmen und bei dieser Gelegenheit namens der Reichsregierung den Deutschen Luftfahrttag begrüßen.

Deutscher Boxtag in New York. Den ersten Amerikakampf unter seinem neuen Betreuer Arthur Willow bestritt der Bremer Halbschwergewichtler Eduard Hülsebus in New York. Er traf in einem Sechsrundkampf mit dem Amerikaner Jack Edwards zusammen und gewann klar nach Punkten.

Erregte Aussprache über den Konflikt Reich-Thüringen.

Deutscher Reichstag.

177. Sitzung, Dienstag, 17. Juni

Im Reichstag kam es am Dienstag bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. von Kardorff (D. Vp.) und den Nationalsozialisten. Einleitend war der Abg. von Kardorff dafür eingetreten, die Abiturientenprüfung zu erschweren und den Zugang zur Universität von einer besonderen Aufnahmeprüfung abhängig zu machen, um zu verhindern, daß sich das akademische Proletariat in ähnlicher Weise wie bisher weiter vermehre. Als der Redner dann auf die Vorgänge in Thüringen und auf den Konflikt zwischen Thüringen und dem Reichsinnenministerium zu sprechen kam und dabei behauptete, daß seine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft in Thüringen wären, rief der Nationalsozialist Stöhr: „Treten Sie doch aus! Sie können ja auslösen.“ Abg. von Kardorff erklärte: Die Deutsche Volkspartei sei mit dem Vorgehen des Reichsinnenministers Dr. Birth durchaus einverstanden. Bei den nunmehr folgenden Worten: „Nationalsozialisten gehören ihrer ganzen politischen Einstellung nach nicht in führende Beamtentstellen“, erhob sich

großer Lärm auf den Bänken der äußersten Rechten. Abg. Stöhr rief dem Redner zu: „Das ist eine Unverschämtheit! Wir sind jetzt vogelfrei!“ Dr. Frick (Natsoz.) entgegnete: „Das werden wir Ihnen in Sachsen heimzahlen!“ Abg. Stöhr wurde wegen des Zwischenrufes: „Das ist zum Kotzen!“ vom Präsidenten Stöbe aus dem Saal gewiesen. — Das Stahlhelmsverbot im Westen wollte Dr. Kardorff aufgehoben wissen, dagegen trat er für die Uniformverbote und für die Durchführung des Waffenverbots ein. Das Rotopfer lehnte die Deutsche Volkspartei ab. An anderen Lösungen werde sie positiv mitarbeiten.

Abg. Drewh (B. P.) warf den Mittelparteien vor, daß sie der Wirtschaftspartei stets die Mitarbeit erschwert hätten. Die Beamtensoldatenreform vom Jahre 1927 ließe sich nicht mehr aufrechterhalten. Denn beschäftigte sich Abg. Drewh mit den bekannten Anträgen seiner Partei auf Heraufhebung des Wahlalters und meinte, daß sich die Nationalsozialisten ihre Wähler mit der Laterne suchen könnten, wenn das Wahlalter 24 Jahre betrage. Bei einer Heraufhebung des Wahlalters würde sich die Zahl der Mandate im Reichstag verringern. Die Reichsreform werde unter dem Druck der wirtschaftlichen Not von allein kommen. Zum Schluß verlangte der Redner eine energische Ausgabenbeschränkung und forderte vor allem eine Änderung des Besoldungsgesetzes. — D. Mumm (Dnat. U. G.) behauptete die Zuspitzung des Konflikts mit Thüringen und erklärte, daß ein Teil der Schulgebete nicht zu beanstanden sei, daß sich andere Gebete aber nicht mit dem Geist der christlichen Religion vereinbaren ließen.

D. Mumm sprach anschließend über das Schulgesetz, über den Geburtenrückgang, über den Schutz kinderreicher Familien bei der Aufhebung der Steuern und verlangte schließlich die Aufhebung des Stahlhelmsverbots in Rheinland und Westfalen.

Abg. Leicht (Bayr. Vpt.) bittet den Minister, sich nicht durch Parlamentsreden zu einem überstürzten Tempo in der Frage der Reichsreform drängen zu lassen. In der Frage des Konflikts mit Thüringen stimmt der Redner den Ausführungen des Abg. v. Kardorff zu. In das Gebot dürfe man nicht die Beurteilung ganzer Volksgruppen einfließen. Das Uniformver-

Doktor Hella Welling auf der Anklagebank

ROMAN VON P. WILD

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Was bedeutete die sich immer wiederholende Zwangsvorstellung jenes furchtbaren Augenblicks, da er Hannys, seine Frau, zum letzten Male gesehen hatte.

Das Bild!

Entschlossen winkte er ein Auto heran. Er mußte Ruhe finden. Wenn er auch diese Nacht schlaflos durchwachte, fürchtete er, wahnsinnig zu werden.

Untermweg kam ihm die Besinnung zurück. Er mußte vorsichtig handeln, damit Awad Hera von der nächsten Exkursion nichts erfuhre.

So kehrte er zunächst zum Hotel zurück, schickte den Wagen fort.

„Portier!“

Höflich wartete der Mann auf seine Befehle.

„Ich bin für niemanden zu sprechen, auch telephonisch nicht, bis ich Ihnen Anweisung gebe.“ Er entnahm seiner Brieftasche ein großes Geldstück. „Wer auch fragt, ich habe Migräne und liege im Bett. Ich darf unter keinen Umständen gestört werden. Versprechen Sie?“

Das Geldstück machte die Worte genügend eindringlich.

„Ich nehme den Schlüssel meiner Zimmertür mit, damit das Personal gleichfalls glaubt, ich bin in meinem Zimmer. Instruieren Sie die Leute!“

„Jawohl, Herr Baron!“

Der Portier war an viele Wunderlichkeiten seiner Gäste gewöhnt, verriet weder Neugier, noch Erstaunen.

„Ein Auto!“

Der Boy winkte einen Wagen heran. Malward gab dem Chauffeur die Adresse einer bekannten Tanzbar. Untermweg rief er diesem durch das Sprachrohr das richtige Ziel zu, eine Straßengasse, in die die kleine Gasse mündete, wo die Morphiumhöhle „Nirvana“ lag.

Endlich waren sie angelangt. Der Wagen hielt.

Und dann war alles wie gestern.

Sarinya war dort, saß neben ihm. Seit schäumte, die Küsse waren heiß, und dann kam der Wonnerausbruch, das Versinken, Vergessen.

Langsam tropfte der Regen auf das Laubdach grünblättriger Kastanien am Vorplatz des massiven Gefängnisgebäudes.

Doktor Hella Welling sah durch vergitterte Scheiben teilnahmslos auf die menschenleere Straße.

Im Gleichmaß fallender Tropfen lag etwas Beruhigendes, wie im Rauschen seiner Melodien.

Sie sann nach. Aus unbekanntem Wolken kommend, nahmen die Tropfen ihren Weg, vertieften sich in der Masse, waren ein Nichts.

Und ein Menschenleben?

Nie stand Hella Welling dem Leben näher als jetzt, wo sie seine Höhen und Tiefen erkannte, in diesem Hause des Grauens, wo jedes Leben ein Tropfen war, der kreise zog.

Was würde werden? Die Frage ließ sie frösteln; denn alles um sie war leer, kalt, hoffnungslos.

Einfamkeit war um sie, schon lange. Als Waise hatte sie allein gestanden, bis Geheimrat Efenius sich ihrer angenommen hatte und sie die Freundin seiner Tochter Hannys wurde. Nichts als Gutes war ihr von Efenius zuteil geworden. Nun war der Geheimrat gestorben, Hannys ermordet und sie des Mordes an der Freundin angeklagt.

Etwas Ungeheuerliches!

Seit die grauen Mauern dieses Hauses sie umschlossen, lag ein unheimlicher Abstand zwischen ihr und der Welt, die Scheidewand der Gerechten und Bösen. Ausgeschaltet aus dem stutenden Lebensstrom, ihrem Schaffen, lebte sie ein neues Leben. Wer hier wohnte, war gezeichnet, wurde gemieden. Angstvoll empfand sie das Mißtrauen, das sie umgab.

Lastend und bedrückend waren diese Mauern, unerträglich, mitleidlos. Wieviel Kraft zermürbte sich hoff-

nungslos zwischen ihnen! Sie waren anders als gewöhnliche Mauern, hatten einen erstickenden Ausdruck. Daß Leid, das sich in ihnen bewegte, strömte flutend aus ihnen zurück, umgab sie mit einer besonderen Atmosphäre, die sie so fürchtbar machte.

Alles war um sie verschlossen. Keine Tür öffnete sich ohne Befehl, kein Mensch wanderte von Raum zu Raum ohne Erlaubnis. Wenn Hella Welling durch die hallenden Gänge ging, waren schwere Schritte neben ihr; wache Augen behüteten sie mißtrauisch, hell, scharf. Etwas Unfassbares gab dem Hause untrügliche Schwere, wo Anklage fast Schuld schien, bis Unschuld bewiesen war.

Auch Mitleid wohnte hier. Doch das war für feinempfindsame Menschen das Schlimmste.

Wozu Verzeihung, Mitleid, Güte? Sie wollte ihr Recht haben und den Glauben an ihre Unschuld.

In diesem Hause des Schweigens war Einsamkeit wunderbar berechtigt, sprach von Dingen, die gewesen sind, die sind und die werden. Doppelt qualvoll schien die Stille für Menschen, die aus der Raftlosigkeit modernen Hegetriebes, mit unzählbaren Anforderungen an Zeit, Kraft und Nerven, in diese seltsame Leere traten.

Zwiel Zeit gab es zum Denken. Nicht nur tagsüber — schlimmer und gefährlicher waren die langen Nächte, die kein Ende nahmen.

Der Unterschied gegen das tadelnde Wortgetöse gewöhnlichen Alltags. Etwas Mythisches lag in ihm, unsichtbare Klänge, aus dem Nichts gestaltet.

Wer aber konnte solche Sprache ertragen, in dem sich das Leid geknechteter, schuldhafter und unschuldiger Seelen in tausend Schwingungen zu einem Klang einte und stöhnte, wie der Schrei bedrückter Seelen!

Zu der ersten Zeit nach der überraschenden Verhaftung war Hella Welling physisch vollkommen zusammengebrochen. Der tragische Tod der Freundin, die wahnwitzigen Aufregungen des Vorprozesses hatten ihre Kräfte zermürbt, die überreizten Nerven versagten jeden Dienst. An Gott und der Welt verzweifelnd, begehrte sie gegen ihr Schicksal auf.



dot müsse allgemein durchgeführt werden. — Abg. Dr. Kili (Dem.) stimmt der Haltung des Ministers gegenüber Thüringen zu. Gebete mit politischer Tendenz seien vom religiösen Standpunkt das Widersichtige, was es geben könne. Für die Reichsreform hielten die Demokraten nach wie vor an der Forderung des dezentralisierten Einheitsstaates fest.

Als nunmehr Dr. Frid (Natfz.), der thüringische Innenminister, das Podium betrat, um als Abgeordneter seiner Partei zu sprechen, füllte sich der Plenarsaal rasch. Der Kommunist Beutling rief: „Jetzt spricht der Minister der Mörderpartei!“ Er wurde dafür zur Ordnung gerufen. Dr. Frid führte aus, daß der Streit zwischen Thüringen und dem Reich geradezu groteske Formen angenommen habe. Wenn Thüringen dem Reichsinnenminister wegen der Sperre der Polizeizuschüsse antworten wolle, müsse es seinen Finanzkassen unterfragen, Gelder an das Reich abzuführen. Der Brief Severings an das thüringische Kabinett sei ein unzulässiger Eingriff in die landesherrlichen Rechte gewesen.

Als sich dann der thüringische Innenminister weiter äußerte, Staatssekretär Zweigert habe alles in Ordnung gefunden, schüttelte der Reichsinnenminister Dr. Wirth den Kopf und meinte, Dr. Frid habe eine wichtige Etappe ausgelassen. Dr. Frid antwortete ihm, er meine wohl das angebliche Versprechen seines Ministerkollegen Baum, keine Nationalsozialisten in die Landespolizei einzustellen. Das habe Baum nicht versprochen. Er habe nur gesagt, daß man es in Thüringen nicht so machen werde wie in Preußen, wo die freiwirtschaftlichen Posten nur mit Parteibeamten besetzt würden. Bei diesen Worten brach ein Entrüstungssturm der Sozialdemokraten aus.

Der Reichsinnenminister wolle die Nationalsozialisten zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren. Dr. Frid erinnerte Dr. Wirth daran, daß er schon 1927 und 28 dem Reichsinnenminister von Reudell erklärt habe, daß die Nationalsozialisten nicht daran dächten, die Verfassung zu stürzen. Damals sei vom Reichswehrminister Dr. Geßler der Erlaß aufgehoben worden, durch den es verboten war, Nationalsozialisten in den Heereswerkstätten zu beschäftigen. Durch Herrn Severing sei der Erlaß wieder aufgegriffen worden. Der Innenminister Wirth berufe sich nun darauf, daß der Erlaß auch für die Polizei gelten müsse. — Dr. Wirth wandte ein, er habe sich dem Minister Baum gegenüber nur auf die vereinbarten Richtlinien berufen. Darauf verwies Dr. Frid auf den Staatsgerichtshof, den Thüringen angerufen habe. Es sei ein Unfug, wenn der Reichsinnenminister verlange, daß kein Polizeidirektor Nationalsozialist sein dürfe, wenn er selbst (Frid) als oberster Chef der Polizei Nationalsozialist sei.

Darauf bemerkte Graf Reventlow zum amtierenden Bizepräsidenten Eßer: „Herr Präsident, Ihre Geschäftsführung ist parteiisch!“ Auch er erhielt einen Ordnungsruf. Dr. Frid fuhr fort, das Reich sei verfassungsmäßig verpflichtet, die Zuschüsse für die Landespolizei zu zahlen. Der Staatsgerichtshof werde auch über diese Frage entscheiden. Er habe das Vertrauen zu den Leipziger Richtern, daß sich das gesunde Rechtsempfinden durchsetze. Als thüringischer Volksbildungsminister habe er sich veranlaßt gesehen, Schulgebete nicht etwa anzuordnen, sondern zu empfehlen. Die verfassungsmäßige Gewissensfreiheit sei nicht eingezogen worden. Es bestähe kein Zweifel, äußerte sich Dr. Frid im Hinblick auf die Worte „Verrat“ und „Verrug“ weiter, daß die Sozialdemokraten in höchstem Maße Volks- und Landesverrat getrieben hätten. Die Sozialdemokraten verhielten sich dabei wie Schlußknoten des Redners zum Abbruch seiner weiteren Ausführungen zu zwingen. Trotzdem fuhr Dr. Frid fort. Er wies nach, daß es sich bei den thüringischen Gebeten nicht um Haß, sondern um Freiheitsgebete handelte und schloß mit den Worten: „Der Geist von Weimar, wie ich ihn vertrete, ist ein anderer Geist, als der Geist von 1919. Das Land Thüringen soll der Hort des nationalen Widerstandes und der Freiheit werden.“

Reichsinnenminister Dr. Wirth erwiderte, daß das Gespräch mit dem thüringischen Staatsminister Baum nicht so einfach verlaufen sei, wie es dargestellt wurde. Herr Baum habe sich in scharfen Worten gegen die Form gewandt, mit der Herr Frid Minister Severings Antwort abgelehnt hatte. Minister Baum habe auch dem thüringischen Volksbildungsministerium in der Schulgebetsfrage eine kräftige Lehre erteilt. Herr Frid wünsche, daß die thüringischen Schulgebete für sich betrachtet würden. Durch solche Gebete müsse das Gemüts-

leben der Kinder und des Volkes aufs tiefste getroffen werden. Evangelische Theologen, darunter auch der jüngst verlorbene große Theologe Harnack, hätten die Friedlichen Gebete abgelehnt. Die Nationalsozialisten versuchten, die Disziplin unserer kleinen Wehrmacht zu untergraben, indem sie den Reichspräsidenten beschimpften und zum gewaltsamen Sturz der Verfassung aufforderten. Es sei deshalb unmöglich, leitende Polizeiposten in die Hände der Nationalsozialisten zu geben. Wenn Nationalsozialisten auf solche Posten gestellt würden, seien die für die Gewährung der Polizeizuschüsse aus Reichsmitteln in den Richtlinien festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllt. Darum sei der Reichsinnenminister verpflichtet, die Polizeizuschüsse an Thüringen zu sperren.

Abg. Frau Neuhaus (Ztr.) beklagte die sittlichen Zustände in den Großstädten. Abg. Dr. Neubauer (Komm.) erklärte, bei dem Kampf zwischen Reich und Thüringen handele es sich in Wahrheit nicht um Polizeifragen oder Schulgebete, sondern um die Schaffung eines mitteldeutschen Faschistenblocks zur Ausbreitung und Bekämpfung der Arbeiterklasse. Abg. Crispian (Soz.) führte Beschwerde darüber, daß eine Uebertragung der Maifeier des sozialistischen Kulturbundes durch Rundfunk in letzter Stunde verboten worden sei. Abg. Pehold (Wirtsch. Bl.) begründete einen Antrag seiner Fraktion, den Gesamthaushalt des Innenministeriums um 5 Prozent zu kürzen.

Am Schluß der Sitzung nahm noch einmal der Reichsinnenminister Dr. Wirth das Wort, um auf verschiedene Anfragen zu antworten. Auf sozialdemokratische Beschwerden erklärte er, daß die Uebertragung von Maifeiern durch den Rundfunk nicht statthaft sei, da sie parteipolitische Veranstaltungen darstellten. Zu den Beschwerden über die Erklärungen des preußischen Ministerpräsidenten hinsichtlich des Staatsgerichtshofes erklärte der Minister, daß sich aus dem Wortlaut der Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht ergebe, daß er sich über die Entscheidung des Staatsgerichtshofes hinwegsetzen und dem Staatsgerichtshof den Vorwurf einer Rechtsbeugung machen wolle. Der Ministerpräsident habe ihm persönlich bestätigt, es habe ihm völlig ferngelegen, einen solchen Vorwurf zu erheben. Die Weiterberatung wurde dann auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Der Reichstag wird nach den Beschlüssen des Astenrates morgen die Besprechung des Haushalts des Reichsinnenministeriums beenden. Der Donnerstag soll wegen des Fronleichnamstages sittingsfrei bleiben. Am Freitag wird der Etat für das besetzte Gebiet, am Sonnabend das Annehmengesetz beraten werden. Am Montag und Dienstag werden die Besprechungen über den Etat des Ernährungsministeriums folgen. Mit diesem Etat soll das Gesetz über die Dsthilfe verbunden werden.

Börse und Handel

Leipzig. Die Tendenz war schwach und das Geschäft bewegte sich unverändert in engen Bahnen. Größere Verluste hatten Berliner Handel mit 4 Prozent, Sapag mit 5, Norddeutscher Lloyd mit 6,5, Kommerz-Bank mit 3, Reichsbank mit 8, Deutscher Eisenhandel mit 3,5, Leipziger Feuer Reihe III mit 5, Polyphon mit 7,75, Schubert & Salzer mit 7 Prozent. Böhme Schokoladen dagegen 2 Prozent.

Dresden. Die Haltung war sehr schwach und Kursverluste waren bis über 5 Prozent zu verzeichnen. Bankwerte waren weiter im Angebot. Am Maschinenmarkt stützten Schubert & Salzer 5,5 Prozent per Kasse und nachbörslieh noch 2,5 ein. Von den Textilwerten wurden J. M. Plauen weitere 2 Prozent niedriger gehandelt. Am Brauereimarkte verloren Dortmunder Ritterbräu 4, Schöfferhof 3, Felsenkeller 2 Prozent. Bei den Papierwerten gingen die Umsätze bis 3 Prozent und bei den keramischen Werten bis zu 2 Prozent. Bei den Festverzinslichen legten Reichsanleihe-Alt- und Neubehäl den Rückgang fort.

Chemnitz. Der Verlauf war matt und lustlos, die rückläufige Bewegung der Kurse setzte sich in flottem Tempo

fort. Von Maschinenwerten verloren Wanderer 1,5, David Richter 2 und Schubert & Salzer volle 8 Prozent. Am Bankmarkt waren Verluste bis zu 4 Prozent zu verzeichnen. Von den sonstigen Industriewerten lagen Mimosa 2 Prozent niedriger während Radeberger Bier und Thüringer Gas leicht anzogen. Die Textilwerte behaupteten die alten Kurse. Der Freibverkehr war ganz still.

Leipziger Produktenbörse. Preise: Weizen, inkl., 70 Kilogramm 314 bis 20; Roggen, hies., 74,5 Kilogramm 156 bis 60; Sandroggen, 71 Kilogramm 157 bis 61; Gerste, Sommer, inkl. 180 bis 90; Gerste, Winter 164 bis 72; Hafer 150 bis 60; Mais, amerik. 225 bis 30; Mais, cinquantin 245 bis 55; Erbsen 240 bis 70.

Berliner Börse vom Dienstag.

Vielfach hatte man geglaubt, daß die Tendenzgestaltung der ausländischen Börsen auf die Berliner Börse kaum Einfluß haben könne. Dieser Optimismus ist, das haben die letzten Tage zur Genüge bewiesen, nicht am Platze gewesen. Immerhin schält sich heraus, daß Berlin gegenüber den scharfen Rückgängen an der New-Yorker Börse einige Widerstandskraft beweist.

Berliner Produktenbörse: Roggen erneut feier.

Weizen am Weltmarkt billiger käuflich. Hier üben Verkäufer und Käufer Vorsicht. Preise eher abdrückend. Roggen nicht mehr so reichlich wie zuletzt offeriert, doch über Bedarf. Promptpreis und auch Lieferungsnotierungen behaupteten sich gut nur geringen Einengens der Stützungsstelle. Hafer vielfach in Deckung gesucht und teurer.

Ämliche Notierung der Mittagsbörse ab Station Mehl und Kleie brutto einschl. Sad frei Berlin

| 1000 kg | 17. 6. 30 | 16. 6. 30 | 100 kg | 17. 6. 30 | 16. 6. 30 |
|---------|-------------|-------------|------------------|-----------|-----------|
| Mei. | — | — | Mehl 70 % | — | — |
| märk. | — | — | Weizen | 34.0-42.2 | 34.2-42.5 |
| Jul | 298.5-299.0 | 302.0-301.1 | Roggen | 21.1-24.2 | 21.0-24.2 |
| Sept. | 261.00 | 261.50 | Weizenkleie | 7.60-8.10 | 7.75-8.25 |
| Okt. | 261.50 | 262.00 | Roggenkleie | 7.75-8.00 | 7.75-8.00 |
| | | | Weizenkleie- | — | — |
| | | | melasse | — | — |
| Rogg. | 172.0-177.0 | 172.0-177.0 | Raps (1000 kg) | — | — |
| märk. | — | — | Leinfaat (do.) | — | — |
| Jul | 174.0-173.7 | 172.5-174.0 | Erbsen, Victoria | 24.0-29.0 | 24.0-29.0 |
| Sept. | 177.0-176.5 | 176.5-177.5 | Rt. Speiseerbsen | 21.0-25.0 | 21.0-25.0 |
| Okt. | 179.5-178.7 | 178.0-178.5 | Futtererbsen | 18.0-19.0 | 18.0-19.0 |
| Berlin | — | — | Weizen | 17.0-18.0 | 17.0-18.0 |
| Brau | — | — | Ackerbohnen | 15.5-17.0 | 15.5-17.0 |
| Gutt. | 167.0-182.0 | 167.0-182.0 | Widen | 19.0-21.5 | 19.0-21.5 |
| | | | Lupinen, blau | 16.0-17.5 | 15.7-17.2 |
| | | | gelb | 21.2-23.5 | 21.5-23.5 |
| Hafer | 151.0-164.0 | 149.0-162.0 | Seradella, neue | — | — |
| Jul | 169.0-171.0 | 163.0-165.5 | Rapsstüben | 10.6-11.6 | 10.6-11.6 |
| Sept. | 175.0-174.0 | 168.0-169.5 | Leinwand | 15.7-16.2 | 15.7-16.2 |
| Okt. | — | — | Trockenschmelz | — | — |
| Mais | — | — | Soya-Extrakt | — | — |
| Berlin | — | — | Schrot | 12.0-13.0 | 12.0-13.0 |
| Plata | — | — | Kartoffelflocken | 13.0-13.4 | 13.0-13.4 |

Stübchen. Watzschau 46,85 G 47,05 B, Rattowiß 46,80 G 47 B, Posen 46,825 G 47,025 B.

Berliner Schweine- und Ferkelmarkt. (Magervieh-hof in Friedrichsfelde, ämlich.) Auftrieb: 158 Schweine, 322 Ferkel. Verlauf: langsam bei weichen Preisen. Es wurden gezahlt im Großhandel für Käufer Schweine, 5-8 Monate alt, Stück 50-70 M., Bölle, 3-4 Monate alt, Stück 38-50 M., Ferkel, 9-13 Wochen alt, Stück 30-38, 6-8 Wochen alt, Stück 25-30 M. (Ohne Gewähr.)

Berliner ämliche Notierung für Rauhfutter. Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 1-1,15, do. Weizenstroh 0,85-1,05, do. Haferstroh 0,80-0,70, do. Gerstenstroh 0,60-0,70, Roggen-Langstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 0,85-1,05, bindfadengepreßtes Roggenstroh 0,75-0,90, do. Weizenstroh 0,65 bis 0,75, Häcksel 1,55-1,70, handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Befag mit minderwertigen Gräsern, neu 1,50-1,70 M., gutes Heu, desgl., nicht über 10 Prozent Befag, neu, 1,90-2,20, Luzerne, lose, neu 2,65-2,90, Thymotee, lose, neu 2,40-2,60, Kleeheu, lose, neu 2,30-2,50, Drahtgepreßtes Heu 40 Pfg. über Notiz. Tendenz: abwartend. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab mächtigen Stationen, frei Wagon, für 50 Kilogramm in Reichsmark.

Doktor Hella Welling auf der Anklagebank

ROMAN VON P. WILD
Copyright by Martin Fouchtwanger, Halle (Saale)

In ihrer Erinnerung waren jene ersten Stunden ein wildes Chaos, alle Einzelheiten unklar, verwischt. Beim ersten Verhör hatte sie Fragen beantwortet und wußte nicht mehr, wie. Nur eins wußte sie: ihre Unschuld hatte sie beteuert wieder und wieder.

Wie töricht! Als sie sich in der Gegenwart wieder zu rechtgefunden hatte, empfand sie das. Die erste Verzweiflung wich dem Trost, wurde Gleichgültigkeit.

Wozu ihre Unschuld beteuern? So schwieg sie, schwieg auf alle Fragen des Untersuchungsrichters, bis sie eines Tages bei seinen Worten zur Einsicht kam, als er sie warnte:

„Bedenken Sie, wie gefährlich Ihr Schweigen ist! Es zeugt gegen Sie.“

Wie ein Erwachen überkam es sie. In das Dunkel ihres Leibes fiel das Licht ihres Willens zum Kampf um ihre Ehre.

Und sie besann sich auf ihre Kraft. Ihr Gefühl schloß mit dem Verstand ein Kompromiß; sie legte alle Sentimentalität beiseite, vertiefte sich mit klarer Objektivität in die Schuldfrage, studierte eifrig alle Einzelheiten des Geschehenen.

Wille und Kraft blieben wach, trotz mancher Rückfälle in ein Gefühl von Zweckmüdigkeit, die sich durch die Mentalität der Untersuchungsfrist immer wieder einstellten.

Heute war ihre Kraftanspannung bis zum letzten Ausmaß gesteigert. In fieberhaftem Interesse verfolgte sie die Geschehnisse rückwärts, durchdachte jedes Wort, jede Bewegung aus den letzten Tagen und Stunden ihrer Gemeinschaft mit Hanny Malward.

Vor allem galt es, Aufschluß über Malwards Charakter zu suchen; ungemein schwierig war es, ihn zu enträtseln.

Wenn sie auch von seiner Schuld überzeugt war, schien dieser Gegner schwer zu fassen zu sein; denn was ihr als Beweis genügte, seine typischen Bewegungen und das Funkeln des seltam viereckig geschliffenen Steines am Mittelfinger der Rechten, das sie bei der Tat bemerkt hatte, konnte sie nicht beweisen.

Längst war ihr die Gewißheit geworden, daß er die Tat nicht allein vollbracht, sondern Mitheser gehabt hatte. Wer waren diese?

Oft lehrten ihre Gedanken zum Anfang ihres Reiseerlebnisses zurück: Baron Malward war in Begleitung der Prinzessin Awad Hera Chutterjee auf dem Dampfer gewesen. Sollte sie eine Rolle in dem mörderischen Drama spielen?

Hatte das Gemunkel recht, das damals von einer baldigen Heirat Malwards mit Awad Hera sprach?

Alles Fragen, die sie nicht zu ergründen vermochte, wieviel Folgerungen sie auch daraus zog. Dennoch schien es ihr klar, daß diese beiden ein gemeinsames Interesse am Tode der Baronin hatten.

Warum aber hatte Malward ein Gift benutzt, mit dem sie, Hella, arbeitete. Fast schien ihr die Annahme unsinnig, daß er darum gewußt hatte. Es war nicht anzunehmen, daß Hanny bei der Aussprache mit dem Gatten solche fernliegende Dinge berührt hatte. Sie selbst aber hatte mit Malward nicht darüber gesprochen.

Sicherlich war der Mörder mit großem Geschick und Vorbedacht zu Werke gegangen, nur das Alibi hatte er nicht in Betracht gezogen.

Ueberall blieben Fragen offen.

Für sie war der abendliche Spaziergang zu dem ungewohnten Ziel schwer belastend. Auch ihr selbst schien es unmöglich, daß Malward von dem Spaziergang wissen konnte; damit war jede vorbereitende Handlung seinerseits hinfällig.

Wie sie die Tatsachen auch drehte und wandte, alle Vernunft scheiterte an der Klippe dieses Unmöglichen, und sie gestand sich selbst ein, daß der Spaziergang für Fernerstehende ein ebensolches Geheimnis barg wie die Gift-

frage, mehr noch das in ihrer Manteltasche aufgefundene Gift.

Rästel freiste um Rästel.

Eine tiefe, rauhe Männerstimme weckte sie aus ihrem Grübeln auf.

„Der Herr Untersuchungsrichter erwartet Sie.“

Ein Verhör.

Der Untersuchungsrichter, ein Mann in den vierziger Jahren, dunkel, mit scharfgeschnittenem, bartlosem Gesicht, verschlossener Haltung, klugen, durchdringenden Augen, durchforschte sein Gegenüber aufmerksam. Dabei zeigte er ihr jene selbstverständliche Höflichkeit einer gleichgestellten Dame gegenüber.

Oft hatte sich Hella Welling gefragt, galt diese Höflichkeit wirklich der Dame, oder war sie nichts als ein geschickter Schachzug des Untersuchungsrichters, um ihr Vertrauen zu gewinnen?

In liebenswürdiger Verbindlichkeit stellte er seine Fragen, versuchte oft, seiner unpersönlichen Sachlichkeit den Anschein mitempfindender Hilfsbereitschaft zu verleihen. Instinktiv war sie diesem Manne gegenüber stets auf der Hut. Vielleicht tat sie ihm unrecht.

Eine leise Bitte lag in der dunklen Stimme:

„Helfen Sie mir ausfindig zu machen, was für ein Gift in Ihrer Manteltasche gefunden wurde, Fräulein Doktor!“

„Ich kann nur wiederholen: ich habe niemals Gift in meiner Manteltasche gehabt.“

„Bei der Durchsicherung wurde es gefunden. Bis jetzt läßt sich die Art des Giftes noch nicht genau feststellen. Bei Versuchen zeigte sich seine entsetzliche Wirkung an Meer-schweinchen und größeren Tieren. Ist Ihnen eigentlich ein Gift bekannt, das selbst bei starker Dosierung keine nachweisbaren Spuren hinterläßt?“

Schweigend blickte sie zu Boden.

„Sie kennen doch viele Gifte. Entsinnen Sie sich nicht, zu welcher Kategorie es gehören könnte?“

„Wie sollte ich das, ohne zu wissen, um was es sich handelt.“

(Fortsetzung folgt.)

